



## Nichtamtlicher Theil.

### Parlamentarische Rückblicke.

II.

In besonders hervorragender Weise hat die Erneuerung des wirthschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn die Zeit und die Kräfte des Reichsrathes in Anspruch genommen. Vor schon die neuerliche Feststellung der Quote, mit welcher jede der beiden Reichshälften für die Deckung der Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten aufzukommen hat, angesichts der unverkennbaren Gelüste Ungarns, der diesseitigen Reichshälfte erhöhte Lasten aufzubürden, nicht geringe Schwierigkeiten, so wurde das Gespannte der Situation noch durch den Umstand wesentlich erhöht, daß der Ablauf des Privilegiums der Nationalbank und der meisten Zollverträge mit den auswärtigen Staaten mit den Ausgleichsverhandlungen zusammenfiel. Es galt demnach, nicht bloß unsere wirthschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, sondern auch unsere handelspolitischen Beziehungen zum Auslande und unser gesamtes Geld- und Zettelbankwesen auf neue Grundlagen zu stellen — eine Aufgabe, die selbst unter gewöhnlichen Verhältnissen einen großen Aufwand an Mühe und Zeit erforderte hätte, bei den weitgehenden Forderungen Ungarns aber, das eine vollständige Zweitheilung der Bank und eine besondere Entscheidung für die in Ungarn consumierten, aus der westlichen Reichshälfte kommenden verzehrungssteuerpflichtigen Gegenstände, auf geradezu unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten stoßen mußte. In der That hat es auch langwierige Verhandlungen, hitzige Debatten und große Selbstüberwindung gekostet, ehe es gelungen ist, die vorhandenen Gegensätze so weit zu mildern, daß bezüglich aller drei Punkte — der Quoten, der Zoll- und der Bankfrage — eine Verständigung erzielt wurde.

Es fehlt nun allerdings, selbst heute noch, nicht an Stimmen, welche an dem neuen Ausgleiche mancherlei auszusehen haben und an der Behauptung festhalten, daß derselbe für die diesseitige Reichshälfte eine Mehrbelastung involviert. Will man aber gerecht sein, dann wird man anerkennen müssen, daß die an Ungarn gewährten Zugeständnisse durch entsprechende Gegenconcessionen aufgewogen erscheinen, und daß namentlich von den befürchteten schlimmen Folgen der neuen Bankorganisation keine eingetroffen ist. Die österreichisch-ungarische Bank erfreut sich desselben Aufsehens und derselben Prosperität wie die frühere Nationalbank, zumal durch entsprechende Cautele dafür gesorgt wurde, daß der ungarische Einfluß in der Leitung der Bank nicht zum alleinherrschenden werde

und das Notenwesen unter allen Umständen vor allfälligen Experimenten geschützt bleibe. Auch bezüglich des Zollwesens erscheinen die Interessen der diesseitigen Reichshälfte in gleicher Weise gewahrt wie jene Ungarns. Speziell wurde durch den allgemeinen Zolltarif eine den handelspolitischen Verhältnissen des Gesamtreiches angemessene feste Grundlage geschaffen, von welcher aus die Verkehrsbeziehungen zum Auslande vertragsmäßig geregelt werden konnten. Es entspricht demnach nur den tatsächlichen Verhältnissen, wenn der Monarch in der Thronrede hervorhob, daß durch die neuen Vereinbarungen mit Ungarn zahlreiche Fragen materiellen Interesses „im Geiste gegenseitiger Billigkeit“ geregelt und die Beziehungen zwischen beiden Theilen des Reiches neu gefestigt wurden.

Die dritte größere und wichtigere Action, welche die abgelaufene Reichsrathsperiode charakterisierte, war die Occupationsfrage, beziehungsweise die mit den letzten Ereignissen im Oriente zusammenhängenden Angelegenheiten. Lag auch der Schwerpunkt der bezüglichen Discussion in den Delegationen, so hat doch durch die Vorlegung des Berliner Vertrages im Reichsrathe auch das diesseitige Parlament Gelegenheit gefunden, sich in eingehender Weise mit der auswärtigen Lage im allgemeinen und mit der bosnisch-herzegowinischen Occupation insbesondere zu beschäftigen. Daß hierbei die Debatten mitunter einen erregten Charakter annahmen, kann bei der Verschiedenheit der Anschauungen über das einschlägige Thema und bei dem Umstande, daß die Occupation unserer Monarchie große finanzielle Opfer auferlegt hat, nicht befremden. Nichtsdestoweniger ist der Berliner Vertrag mit bedeutender Majorität genehmigt worden, und die Reichsvertretung hat hiemit gezeigt, daß sie vor keinen Opfern zurückschreckt, wenn es gilt, die Interessen, die Machtstellung und das Ansehen der Monarchie zu wahren. Daß sich ein großer Theil der verfassungstreuen Abgeordneten mit der Thatsache der Occupation noch immer nicht recht zu befreunden vermag, trotzdem deren Unausweichlichkeit erwiesen ist, läßt sich wol nur damit erklären, weil die Lage der Dinge im Oriente, trotz der Berliner Congressbeschlüsse, bisher nicht ausreichend genug geklärt ist, um die künftigen Gestaltungen auf der Balkan-Halbinsel, selbst in ihren bloßen äußeren Umständen, deutlich erkennen zu lassen. Aber die Thatsache steht doch schon heute fest, daß die Action unserer Monarchie im Oriente, von welcher die Befestigung Bosniens und der Herzegowina einen integrierenden Bestandtheil bildet, wesentlich dazu beigetragen hat, den Frieden, welcher im Interesse aller Mächte gelegen ist, zu erhalten und zu sichern. Der Monarch hat denn auch in jenem Absage der jüngsten Thronrede, welcher der Besprechung der orientalischen Ereignisse gewidmet

war, auf dieses Moment einen besonderen Nachdruck gelegt und mit Befriedigung hervorgehoben, daß wir uns dem ersehnten Ziele eines dauerverheißenden Friedens nahe sehen.

Auch auf confessionellem Gebiete — so schließt das „Pr. Abtbl.“, dem wir die vorstehende Betrachtung entnehmen, — wurden einige wichtige Neuerungen geschaffen, wie die Gesetze, betreffend die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, die Beiträge der Pfründenbesitzer zum Religionsfonde, dann die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften. Daß diese Gesetze beschloffen und durchgeführt wurden, ohne daß der confessionelle Friede im geringsten gestört worden wäre, kann angesichts der Erfahrungen, welche in dieser Richtung in anderen Staaten gemacht wurden, nicht hoch genug angeschlagen werden.

### Vorgänge in Frankreich.

Nach einem Gesetze vom Germinal des Jahres X sind bekanntlich in Frankreich Prozessionen außerhalb der Kirchen und ihrer Umfriedung in allen Städten, deren Einwohnerzahl verschiedenen Bekennnissen angehört, verboten. Dieses Gesetz ist, wie nicht minder bekannt, schon seit Jahren häufig theils umgangen, theils offen übertreten worden. Seitdem die liberale Richtung in den öffentlichen Angelegenheiten obgesiegt, haben nun diese Uebertretungen in mehreren Städten, so noch neuerdings in Versailles und Lyon, zu Conflicten zwischen der weltlichen und der geistlichen Behörde geführt. Wie jetzt die „République Française“ meldet, hat der Minister des Innern deshalb ein Rundschreiben an die Präfecten erlassen. Die Regierung, heißt es darin, habe keinen Anlaß, Prozessionen jeder Art auf Grund des Gesetzes vom Jahre X zu gestatten oder zu verbieten, obgleich dies Gesetz ihres Erachtens nicht immer die richtige Auslegung erfahren hätte; sie überlasse es den Präfecten und Maires, von den ihnen gesetzlich zustehenden Polizeirechten den Gebrauch zu machen, der ihnen durch die jeweiligen Umstände geboten schiene.

Der Abg. Spuller hat seinen Bericht über die eine und wichtigste der bekannten Ferry'schen Vorlagen, nämlich diejenige, welche die Verleihung der Grade und die Ausschließung der vom Staate nicht anerkannten Congregationen vom öffentlichen Unterrichte betrifft, vollendet und bereits dem Ausschusse vorgelesen. Die sehr umfangreiche Arbeit (sie umfaßt 83 eng geschriebene Seiten) zerfällt in drei Theile: 1.) Von der Gewalt des Staates in Unterrichtssachen; 2.) Prüfung der bei der Kammer eingelaufenen Petitionen; 3.) Beleuchtung der einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes. Der Bericht ist durchaus mit der Regierung über die Nothwendigkeit einverstanden, den

## Feuilleton.

### Alexa oder auf dunklen Wegen.

Roman von Ed. Wagner.

(Fortsetzung.)

„Da ist der Leuchtturm von Ragged Rock,“ erklärte Mrs. Ingestre. „Das ist beim Sturm eine gefährliche Stelle, meine Liebe. Schon manches starke Schiff hat hier an den heimtückisch versteckten Felsen seinen Untergang gefunden. Hören Sie nur den entsetzlichen Lärm der Brandung. Es ist wie ferner Donner.“

Alexa sah aufmerksam nach der bezeichneten Stelle hin.

„Wir sind den gefährlichen Rissen näher, als mir bei diesem Winde lieb ist,“ sprach Mrs. Ingestre weiter. „Wenden Sie um, Pembroke. Wir wollen zurückfahren.“

Renard beeilte sich, dem Befehl nachzukommen.

Die Damen setzten sich auf die andere Seite. Pembroke ergriff das Steuer, um das Boot umzulegen, und rief Renard zu, das Segel loszulassen. Dieser Befehl wurde von Renard nicht beachtet. Das Boot wendete um, der Wind fuhr seitwärts in das Segel und schlug das schwache Fahrzeug mit einem gewaltigen Ruck um, die Insassen ins Meer werfend.

Mrs. Ingestre stieß einen furchtbaren Schrei aus.

Die Katastrophe war von der Mannschaft eines in der Nähe befindlichen Fischerkahnes gesehen wor-

den, und von dieser waren gleich Anstalten zur Rettung der Verunglückten getroffen.

Pierre Renard kam an die Oberfläche des Wassers und sah sich nach seiner Umgebung um. Pembroke war dicht bei ihm. Mrs. Ingestre hielt sich an dem umgeschlagenen Boote fest, schreiend und um Hilfe rufend. Miß Strange war am weitesten von ihm entfernt, und ihr Kopf war kaum über den Wellen sichtbar. Ein frohlockender Blick schoß aus Pierre Renards Augen, und er rief dem Schiffer zu:

„Achten Sie auf Mrs. Ingestre, Pembroke, ich will nach Miß Strange sehen. Wir können uns halten, bis der Fischerkahn kommt.“

Der Schiffer schwamm zu Mrs. Ingestre und erfaßte sie gerade in dem Augenblick, als eine mächtige Welle sie von dem schlüpfrigen, keinen sichern Halt bietenden Boote wegschpülte. Renard schwamm langsam nach Alexa hin, machte aber keinen Versuch, sie zu erfassen oder zu halten.

„Mag sie ertrinken,“ dachte er. „Das war ja der Zweck dieser Bootsfahrt. Wenn sie nicht bald sinkt, werde ich sie hinunterstoßen.“

Er sah nach dem Fischerkahn, welcher sich noch in beträchtlicher Entfernung befand.

„Zeit genug,“ dachte er; „sie kann noch ein Duzend mal ertrinken, ehe Hilfe kommt.“

Pembroke war zu sehr mit der ächzenden und stöhnenden Mrs. Ingestre beschäftigt, als daß er auf Alexa und Renard hätte achten können. Des Mädchens Kopf ragte noch immer aus dem Wasser hervor, und ihr Feind beobachtete sie mit heimlicher Freude. Der

Kahn kam näher und Renard schwamm mit kräftigen Bewegungen auf das Mädchen zu. Diese sah ihn kommen, las seine mörderische Absicht aus seinen Augen und sank mit einem wilden Schrei in die Tiefe.

Mit teuflischer Freude sah Renard sie verschwinden, und seine Freude war noch größer, als er nach kurzem Warten sie nicht wieder auftauchen sah. Er hatte sich nicht darüber gewundert, daß sie sich mehrere Minuten über dem Wasser zu halten vermochte, und er wunderte sich nicht, daß sie jetzt so plötzlich unter sank, ohne wieder zum Vorschein zu kommen.

Als der Kahn näher kam und Renard sicher glaubte, daß Alexa ihren Tod gefunden hätte, schrie er laut um Hilfe.

„Miß Strange ist ertrunken!“ rief er. „Sie sank unter, als ich sie erfassen wollte. Pembroke, sie ist verloren! Hilfe! Hilfe!“

Aber Pembroke konnte nicht helfen; Mrs. Ingestre hing sich in ihrer Verzweiflung so fest an ihn, daß er sich nicht von der Stelle zu bewegen vermochte. Der Kahn langte an der Unglücksstelle an. Mrs. Ingestre wurde hineingezogen, ihr folgte Renard und dann kam Pembroke.

„Es war noch eine junge Dame bei uns,“ sagte Pierre Renard, anscheinend tief erschüttert. „Sie ertrank vor meinen Augen gerade in dem Augenblick, als ich sie retten wollte. Ist keine Hilfe möglich? Kann nicht wenigstens ihr Leichnam aufgefunden werden?“

Mrs. Ingestre brach in heftiges Weinen aus.

„Wenn sie ertrunken ist,“ sagte einer der Fischer, „so ist natürlich keine Hilfe möglich, und wenn ihr

Staat in den Vollgenuß der ihm für die Erziehung seiner Angehörigen zustehenden Rechte, welche er sich unter den letzten Regierungen habe entwunden lassen, wieder einzusetzen. Mehrere Beilagen zu dem Bericht enthalten statistische Aufschlüsse und darunter die Angabe, daß der Jesuitenorden in Frankreich gegenwärtig 59 Häuser und 1502 Mitglieder zählt. Der Druck wird einige Zeit erfordern und der Gegenstand kaum vor den Pfingstferien zur Verhandlung gelangen.

Das französische Abgeordnetenhaus brachte in seiner Sitzung vom 20. d. M. die erste Lesung des Generalstabsgesetzes zu Ende, ohne Mitwirkung des Kriegsministers, welcher zu erscheinen verhindert war. Wie die bedeutende Vorlage in der ersten Lesung durchgedrungen, ist ihr wesentlicher Inhalt folgender: Das alte Generalstabscorps wird abgeschafft. Der Generalstab versorgt sich für die rein militärische Seite seiner Aufgabe durch Offiziere aller Waffen, welche mit einem besonderen Zeugnisse für höhere militärische Studien versehen sind; für die Bureau durch ein Personal von Archivisten und Sekretären. Der Generalstab umfaßt ein Effectiv von ungefähr 300 Offizieren und daneben einen Hilfsdienst von etwa 250 mit dem Patente versehenen Offizieren. Dieses Patent wird von der im Jahre 1875 ins Leben gerufenen Oberkriegsschule ausgestellt. Zu der Prüfung dieser Anstalt werden nicht nur ihre Zöglinge, sondern auch andere Offiziere vom Hauptmanne aufwärts zugelassen. Die Generalstabsoffiziere stehen außerhalb der Cadres, gehören aber nach wie vor ihrer besonderen Waffe an, tragen deren Uniform mit einem Abzeichen und nehmen auch an dem Avancement in ihr Theil. In Friedenszeiten muß jeder Generalstabsoffizier, wenn er zu einem höheren Grade befördert wird, mindestens auf zwei Jahre in die Truppe zurückkehren. Die Offiziere des alten Generalstabes werden von rechts wegen mit dem Patente ausgestattet und im Verhältnisse zu der Zahl der Offiziere ihres Grades in jeder einzelnen Waffe unter die verschiedenen Waffengattungen vertheilt.

Zwei Sitzungen des Zolltarif-Ausschusses des französischen Abgeordnetenhauses am 21. d. M. hatten eine besondere Wichtigkeit. In der ersten beschloß der Ausschuss nach einer sehr umständlichen Debatte und unter Ablehnung noch weitergehender Anträge mit 14 gegen 12 Stimmen, dem Vorschlage des Berichterstatters Méline gemäß die Ansätze des Tarifes von 1860 für Baumwollgarne je nach den Nummern, und zwar im Durchschnitt um 21 Prozent zu erhöhen, mit dem Vorbehalte jedoch, je nach dem Ergebnisse der Unterhandlungen mit den fremden Mächten eine Herabsetzung dieser Normen wieder zuzulassen. In der zweiten Sitzung erhielt der Ausschuss von der Regierung die Anzeige, daß Frankreich und England übereingekommen sind, den alten Handelsvertrag auf sechs Monate vom Tage der Promulgation des neuen französischen Zolltarifes ab zu verlängern. Es bedarf zu dieser Abrede der Zustimmung des Parlamentes, die auch allem Anscheine nach nicht verjagt werden wird.

### Der Friedensschluß zwischen England und Afghanistan.

In England finden die Friedensbedingungen, über welche der Vikönig von Indien und der Emir von Afghanistan sich geeinigt haben, eine beifällige Aufnahme. Sie entsprechen so ziemlich den gehegten

Erwartungen. Daß die drei Hochstraßen nach dem afghanischen Berglande, der Rhyber- und Peiwar-Paß und das Pischinthal, in englischen Besitz übergehen werden, ward nicht bezweifelt, ungewiß war nur das Schicksal von Sellalabad, welches sammt Kandahar jetzt den Afghanen zurückgegeben werden soll. Ein sehr wünschenswerthes Ergebnis dieses Krieges, meinen die „Daily News“, ist, daß dadurch das Interesse der Bevölkerung und des Parlamentes an indischen Angelegenheiten lebhaft befördert worden. Deshalb käme Mr. Fawcetts Antrag, sofort Maßregeln zur Regelung der indischen Finanzen zu treffen, äußerst zeigemäß. In dem letzten Finanzausweise über Indien sei von der Regierung behauptet worden, daß ohne diesen Krieg das indische Budget einen Ueberschuß ergeben haben würde. Es müsse dabei nicht vergessen werden, daß bei einem gesunden Zustande der indischen Finanzen ein jährlicher Ueberschuß von 2.000.000 L. sich herausstellen müsse, um das Land gegen etwaige Hungersnoth zu schützen. Alle Hoffnung, in dem kommenden Jahre solch einen Ueberschuß zu erlangen, hätte aufgegeben werden müssen.

Die „Times“ sind über die Beendigung des Krieges mit Afghanistan herzlich froh. Sie sagen: „Die Nachricht, daß Friedensbedingungen mit dem Emir Jakub Khan vereinbart worden sind, räumt die Hauptursache der Sorge, welche in der letzten Zeit auf unserer Politik in Indien lastete, hinweg. Die Unterwerfung Jakub Khans hat mit einem Schlage den Zweifeln ein Ende gemacht, welche die eingeborne Bevölkerung bezüglich der Kraft der indischen Regierung, ihre Autorität nach innen und außen zu wahren, hegen mochte. Wir haben jetzt im Nordwesten eine unangreifbare Grenze, welche die Thore Indiens in unsere Hände gibt und es fernerhin unnötig macht, ängstlich die Treue unzuverlässiger Thorhüter zu überwachen. Es ist aber noch mehr erreicht worden: die materielle und moralische Präponderanz der indischen Regierung in den Ländern jenseits unserer Grenzen ist dargethan und festgestellt worden. Wir haben jetzt von Jakub Khan die Garantien erlangt, welche Schir Ali uns hartnäckig verweigerte, ein britischer Resident soll in Kabul beglaubigt werden, und Jakub Khan wird die Kontrolle über die auswärtigen Beziehungen Afghanistans der indischen Regierung übergeben. Wir brauchen also in Indien auch keine so kostspieligen Kriegsrüstungen mehr, und eine Hauptursache der indischen Finanznoth ist damit behoben.“

Daß damit die ganze Finanznoth Indiens noch nicht behoben ist, geben die „Times“ angesichts der Unterhausdebatte, die sich ob dieser Angelegenheit entsponnen, bereitwillig zu. Die indische Regierung selber gibt in ihrem Finanzberichte drei Ursachen dafür an: die fortwährende Kriegsbereitschaft, die Hungersnoth und die Entwerthung der indischen Silberwährung. Lasse sich, meinen die „Times“, nicht auch auf das Verschwinden der beiden letztgenannten Ursachen der Bedrängnisse der indischen Finanzverwaltung rechnen, dann möge man den Thatsachen mit Entschlossenheit begegnen. Abhilfe müsse in einer beharrlichen und kraftvollen Politik gesucht werden, welche augenblickliche Opfer auch immer dadurch erforderlich werden mögen

### Tagesneuigkeiten.

— (Die Kardinals-Varett-Ertheilung.) Se. Majestät der Kaiser hat Samstag vormittags um 11 Uhr, dem Ceremoniel entsprechend, in feierlicher Weise die Varett-Ertheilung an den Fürsterzbischof von

Olmütz, Friedrich Egon Sandgrafen zu Fürstenberg, und an den Erzbischof von Kalocsa, Ludwig Haynald, in der Hofburg-Pfarrkirche in Wien vorgenommen. Um halb 11 Uhr vormittags langten die päpstlichen Ablegaten, jeder in Begleitung eines Abbés, in zweispännigen Hofequipagen in der Hofburg an, wurden an der Hofschaffterstiege von einem Hoffourier erwartet und in die Kirche geleitet. Nachdem jeder Ablegat das mitgebrachte Kardinals-Varett auf eine Tasse gestellt, entfernten sie sich wieder aus der Kirche und begaben sich zur Abholung der beiden Kardinale in deren Wohnungen. Währenddem versammelte sich der k. k. Hofstaat in Gala im großen Appartement zum öffentlichen Kirchengehänge. Unter den Anwesenden bemerkte man: die obersten Hofchargen und Gardetapitäne, die gemeinsamen Minister Grafen Andrassy, FML. Grafen Bylandt, Aheid und Freiherrn v. Hofmann, die diesseitigen Minister, welche derzeit in Wien weilen, den königlich ungarischen Minister Baron Wenkheim mit dem Sectionschef Baron Drczy, den Statthalter Baron Conrad, den Landeskommandierenden FML. Baron Maroicic, den Gesandten des Johanniter-Ordens Grafen Guido Thun-Hohenstein, die Grafen Ferd. Trauttmansdorff, Rudolf Werba, Hohenwart, Falkenhayn, die Fürsten Friedrich Liechtenstein, Schönborn, Windischgrätz, die Sectionschefs Baron Calice und Freiherrn v. Mitis, viele active und nicht active Generale. Um 1/11 Uhr erschienen der Cardinal Fürsterzbischof von Wien, Dr. Rutschler, der Nuntius Erzbischof Jacobini und der Weihbischof Dr. Angerer; ihnen folgten die zur Kardinalwürde gelangten Erzbischöfe in sechsspännigen Hofequipagen. Die päpstliche Nobelpolgarde und das geistliche Gefolge zogen in zweispännigen Hofwagen voraus. Präzise 11 Uhr nahm die Feierlichkeit ihren Anfang, deren Verlauf dem herkömmlichen Ceremoniel entsprach.

— (Attentat auf einen Offizier.) In einem Anfälle von Geistesstörung hat Freitag vormittags ein Schuhmacher Namens Halla in der Kärntnerstraße in Wien auf einen vor ihm gehenden Artillerie-Offizier einen Pistolenschuß abgefeuert, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

— (Ein Vulkan am Plattensee.) Einer der entlang des Plattensees in der Richtung von Nordost gegen Südwest liegenden Bergkegel hat, wie die „Magg. Lap.“ melden, schwach zu rauchen begonnen. Vom Gubancz, Tatika, Szent-György heißt es, sie seien erloschene Vulkane, doch ist nicht bekannt, daß in historischen Zeiten ein Ausbruch derselben stattgefunden habe. Um so überraschender ist die beim Gubancz sich zeigende Erscheinung. Dazu tritt der Umstand, daß in der Umgegend, namentlich in Simeg und Devecser, außerordentlich starke Niederschläge stattfinden, so daß die Keller der Häuser allerorten voll Wasser sind. Auch die vielen Stürme und das kühle Wetter tragen nicht wenig dazu bei, das Volk zu erschrecken. Zweifelsohne bereitet sich eine interessante Naturerscheinung in der Plattensees Gegend vor.

— (Hinrichtung eines Vaternörders.) Die Hinrichtung eines Vaternörders, Namens Laprade, in Agen, welche mit einigen besonders widerwärtigen Einzelheiten verbunden war, gibt den Pariser Blättern Gelegenheit zu laugen Erörterungen. Laprade, ein Mann von herkulischer Körperkraft und unbändigem Temperament, übrigens ein Missethäter der vulgärsten Art, leistete dem Scharfrichter, dem kürzlich erst zu diesem Posten ernannten Deibler, als dieser ihn in seiner Zelle abholte, verzweifelten Widerstand, wobei er beständig rief, er sei unschuldig und wolle nicht den unverdienten Tod über sich ergehen lassen. Es entspann sich ein förmlicher Ringkampf; Deibler und seine Helfershelfer mußten den Delinquenten zu Boden werfen, und während der Eine ihn mit dem Knie auf dem Rücken an die Erde stemmte, wobei es ohne Schürfung des Angesichts nicht abging, gelang es den anderen mit äußerster Mühe, ihn die Füße zu binden und ihn so unschädlich zu machen. Nun ließ sich Laprade, nachdem man ihm die Fenterscheitel gemacht und als Elternmörder, wie das Gesetz vorschreibt, einen schwarzen Schleier über das Haupt geworfen, willig auf das Blutgerüst führen; aber noch unter dem Fallbeil wandte er den Kopf um und nöthigte den Scharfrichter, ihn wieder zurecht zu legen, ehe endlich die Strafe in normaler Form vollstreckt werden konnte. Diese Umstände sind gewiß sehr beklagenswerth, aber wir wenigstens, schreibt die „Fr. Corr.“, können nicht recht absehen, was sie gegen die Berechtigung der Todesstrafe beweisen sollen. Ob der arme Sünder freiwillig strafe beweisen sollen. Ob der arme Sünder freiwillig das Schaffot besteigt oder, weil er sich zur Wehr setzt, gebunden hinaufbefördert werden muß, scheint uns für die Prinzipienfrage sehr gleichgültig; sonst wäre es, um mit Alphonsse Karr zu reden, für die „Herren Mörder“ doch gar zu leicht, die Todesstrafe illusorisch zu machen; sie brauchten nur dem Scharfrichter einige wohl gemeinte Rippenstöße zu versetzen. Gleichwol wird in gemeinte Rippenstöße zu versetzen. Gleichwol wird in den Pariser Blättern über den Gegenstand mit großer Indignation geleitet, und Victor Hugo wird wegen man ganz ernsthaft meldet, den Justizminister wegen dieser unanstößigen Behandlung des Bürgers Laprade im Senat interpellieren.

— (Kampf in einer Menagerie.) Des berühmten Barnum Menagerie befand sich zu Anfang dieses Monats in dem Städtchen Parling im Staate

Reichnam nicht von den Wellen ans Land gespült wird, wird er niemals aufgefunden werden.“

Renard stöhnte und seufzte.

„Dann bringen Sie uns nach Mont Heron,“ bat er. „My lady wird vor Kälte und Kälte umkommen. O, die arme junge Lady! Arme Miss Strange!“

In diesem Augenblick wurde Alexa ganz in der Nähe des Fahrzeuges sichtbar, dem sie mit einer Ruhe zuschwamm, als habe sie zum Vergnügen.

Sie war am Meer aufgewachsen und hatte von frühesten Jugend an fast täglich gebadet. Sie war mit dem Wasser vertraut geworden und konnte vortrefflich schwimmen. Sie war beim Kentern des Bootes unter dasselbe gerathen, hatte sich aber rasch hervorgemacht und dann mit Leichtigkeit über dem Wasser gehalten; als sie aber Pierre Renard mit Mord verrathenden Blicken kommen sah, war sie blitzschnell im Wasser verschwunden, um an einer anderen Stelle hinter ihm wieder an die Oberfläche zu kommen. Er hatte sie nicht bemerkt, da er seine Augen auf die Stelle gerichtet hatte, wo sie verschwunden war. Sie schwamm nun dem Kahn zu und hörte Renards heuchlerische Worte.

„Hier bin ich!“ rief sie. „Bitte, helfen Sie mir an Bord zu kommen!“

Pierre wurde geisterbleich und sank auf die Bank nieder, keines Wortes fähig. Mrs. Ingestre stieß einen Freuden schrei aus.

Alexa wurde an Bord gezogen, und Mrs. Ingestre schloß sie in ihre Arme. Die würdige Frau

weinte vor Freude und dankte Gott für Alexa's Rettung.

„Wir sind alle gerettet!“ rief Pembroke freudig. „Dort kommt eine andere Schaluppe, auf welcher sich mein Sohn befindet. Der „Heron“ kann aufgerichtet und ans Ufer gebracht werden. Gott sei Dank, daß alles so gut abläuft.“

Das zweite Fischerboot kam, und Pembroke beauftragte seinen Sohn, den „Heron“ zu bergen, worauf die Rückfahrt angetreten wurde, welche nicht so rasch vonstatten ging wie die Herfahrt, da der Wind ungünstig und der Kahn schwerfälliger war. Beinahe drei Stunden nach dem Unfall lief derselbe in den kleinen Hafen ein.

Renard war während der ganzen Fahrt sehr still gewesen. Seine Blicke, die von Zeit zu Zeit Alexa trafen, waren finster, und in seinem ganzen Wesen lag die Wuth, seinen Plan vereitelt zu sehen. Die Narbe in seinem Gesicht war glühend roth und dadurch deutlicher sichtbar. Alexa konnte ihn nicht ohne Schauern ansehen; sie wandte sich von ihm ab und bemerkte somit nicht, daß seine Blicke erwartungsvoll nach dem Schlosse gerichtet waren, als hoffte er, den Marquis von Montheron an einem Fenster zu sehen.

Alexa fühlte sich sicher und geborgen. Diesmal war der Versuch, sie zu morden, gescheitert, aber konnte nicht ein zweiter Anschlag zu ihrem Verderben ausfallen? Und daß ein solcher Versuch bald schon folgen würde, war ihre feste Ueberzeugung.

(Fortsetzung folgt.)

Newyork. Tausende von Landbewohnern waren herbeigeeilt, die Thiere zu sehen. Während die reißenden Bestien in stark verwahrten Käfigen gehalten wurden, spazierten — wie auch an anderen Orten — die harmloseren Elefanten und Kameele frei in der Arena umher. Plötzlich — aus welchem Grunde ist nicht ersichtlich — geriethen der Elefant „Bolivar“ und ein Kameel in heftigen Kampf. Der Elefant war das Karnickel, er hatte angefangen. Mit seinem Rüssel holte er aus, den gehäuterten Wiederkäufer zu zermalmen. Aber das Kameel war schneller. Mit seinem Gebisse ergriff es den Rüssel des gewaltigen Gegners und bohrte seine scharfen Zähne so tief hinein, daß „Bolivar“ vor Schmerzen brüllte. Es gelang ihm nicht, daß Kameel von sich abzuschütteln, und als auch den vereinten Anstrengungen der Wärter es nicht gelingen wollte, „Bolivar“ zu befreien, blieb ihnen nichts anderes übrig, als den tapfern Sieger in diesem merkwürdigen Kampfe zu — erdroffeln. Der Elefant befindet sich in ärztlicher Behandlung, man hofft ihn erhalten zu können. Das Publikum flüchtete sich beim Beginn des Kampfes, von panischem Schrecken ergriffen, ins Freie. Die dabei vorgekommenen Verletzungen einiger Zuschauer waren nicht schwer.

## Lokales.

### Einige Worte über Haupt- oder Großgemeinden.

#### I.

Große oder kleine Gemeinden! — so lautet die brennende Frage, die schon durch eine Reihe von Jahren die Bevölkerung wie nicht minder ihre Vertreter in den Gemeinden und im Landtage bewegt; und gewiß mit Recht, denn es kann für sie nicht gleichgültig sein, ob die Grundfeste des Staates, die Gemeinde, sich eines kräftigen Organismus erfreue, oder nur ein Scheinleben führe.

Sowie jede diskutierbare Frage, wurde auch diese noch bis vor kurzem von den Einzelnen, die sich mit ihr beschäftigten, je nach ihrer persönlichen Stellung, die ihnen die Lebensverhältnisse mehr oder weniger objektiv wahrzunehmen Gelegenheit gab, aufgefaßt, und man könnte sagen, sine ira et studio besprochen und behandelt; nur erst in der letzten Landtagsession hatte man Gelegenheit wahrzunehmen, daß auch mit dieser Frage die Politik mitzuverquicken versucht wurde, und daß die Abgeordneten des Landtages zu derselben je nach ihrer politischen Gruppierung Stellung zu nehmen schienen.

Nach unserm Dafürhalten erscheint durch die Beantwortung dieser Frage, nach welcher Richtung sie auch erfolgen möge, die Freiheit, die Religion und die Nationalität in keiner Weise gefährdet, und daß daher kein Grund vorhanden wäre, auch hier die Parteidisciplin mit in das Treffen zu führen. Nur das, was der Bevölkerung wahrhaftig frommt, was geeignet ist, Ordnung, Zufriedenheit und Rechtlichkeits Sinn in derselben zu erwecken und zu beleben, möge hierbei maßgebend sein; diesem Ziele wird man aber um so näher stehen, je weniger man sich von der volksthümlichen Auffassung dieser Frage entfernt.

Ist es schon bei Erlassung jedes Gesetzes geboten, die Verhältnisse des Volkes, für das es gegeben wird, seinen Bildungsgrad und seine althergebrachten Gewohnheiten, Wünsche und Abneigungen so viel als möglich zu berücksichtigen, so ist dies bei der gesetzlichen Constituierung der untersten Gesellschaftsgruppe der Gemeinden, schon ganz und gar nothwendig. Hier sollte man allen diesen Rücksichten noch im viel höhern Maße Rechnung tragen, man sollte das Leben des Volkes geradezu studieren, in welche socialen Formen es sich hineingelegt hat, wie es sich von altersher gruppiert und die gemeinschaftlichen Angelegenheiten behandelt. Nur ein solches, aus dem frischen Volksleben geschöpftes Gesetz hat, als eine Art codificiertes Wohnheitsrecht, Anspruch auf einen wahren dauerhaften Bestand, und ist von weit wohlthätigeren Folgen für das öffentliche Leben, als oft die beste aufgetrocknete Einrichtung.

Wenn man diesem theoretisch von den Rechtslehren angenommenen, in der Ausführung aber heutzutage vielfach außeracht gelassenen Grundsatz folgend, eine Umfrage im Lande hält und nach der Stimme des Volkes fragt, so erhält man eine Antwort, die uns in keinem Zweifel über den Sinn derselben läßt, — es schallt uns ein beinahe einmüthiger Widerspruch gegen große Gemeinden aus allen Gegenden des Landes entgegen. Ueberall und in allem zeigt sich die Neigung zur Decentralisation der Gemeinden, jetzt nicht minder wie zur Zeit der Organisirungen derselben in den Jahren 1850 und 1866.

Nicht in Gesuchen und Protesten wie in Steiermark, wo über 500 Gemeinden um Theilung der Gemeinde herbe, in Versammlungen und bei öffentlichen Verhandlungen spricht sich unser Volk gegen die ihm durch große Gemeinden aufgedrungene Zwangslage aus, und wofür selten vergeltet eine Ausschüttung, in welcher deren Abträglichkeit bei der Abwicklung der Gemeindegeschäfte nicht zur Sprache käme und sich nicht that-sächlich herausstellen würde. Ueberall im Lande wer-

den Großgemeinden nur als eine von den Behörden zu ihrer eigenen Commobilität eingeführte Einrichtung betrachtet, welche den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht nur nicht entsprechen, sondern ihrem Gemeindeleben geradezu hinderlich in den Weg treten.

Nach Jahrzehnten ihres Bestandes hat sich die Bevölkerung noch immer nicht in dieselben hineingelegt, überall noch wird an der alten herkömmlichen kleinen Gemeinde festgehalten. In derselben erblickt man etwas von altersher Vorhandenes, eine Familie im großen, an deren Grundlagen nicht gerüttelt werden dürfe. Gleiche Abstammung, Lage, Boden und Herkommen, Gleichartigkeit der Bedürfnisse, ihre gemeinschaftlichen Verpflichtungen und Beziehungen und eine Menge anderer Motive sind es, die durch die Länge der Zeit ein gewisses Band um die Gegend gezogen und die Grenzen der Gemeinden bestimmt haben. Diese natürlichen Grenzen dehnen sich aber nicht meilenweit aus, sie umfassen in der Regel nur die nächstbenachbarten Ortschaften, was schon aus der in früheren Zeiten die Gemeinde bezeichnenden Benennung „Nachbarschaften“ hervorgeht. Nur innerhalb dieses Umfangs fühlt sich die Gemeinschaft von einem gewissen patriotischen Gefühle befeelt als ein Ganzes, als eine Gemeinde, und alles, was außerhalb derselben liegt, das ist ihr fremd, ja oft sogar feindlich, wenn Streitigkeiten ihre gesellschaftlichen Beziehungen gerübelt haben, wozu Weide- und Waldbegrenzungen, Concurrenzen der öffentlichen Wege und eine Menge anderer Gründe genügenden Anlaß zu geben geeignet waren.

Das Widerstreben der Bevölkerung gegen die ihr aufgedrungenen Gruppierungen von solchen heterogenen Factoren ist daher ein ganz begreifliches, und zwar umsomehr, weil es ja jedermann weiß, daß sie nur geeignet sind, den Keim zu Zwistigkeiten und zum schließlichen Versalle schon mit in den neuen Verband zu bringen. Nie erstarben solche künstlich zusammengeschweißte Gemeinden zu einem Ganzen, sondern zerfielen sofort in ihre früheren Theile, sobald das eiserne Band, welches sie umschlossen hielt, gelöst wird.

Von der Richtigkeit des hier Gesagten mag auch der steirische Abgeordnete v. Kaiserfeld durchdrungen gewesen sein, als er im Jahre 1874 im Landtage die Worte ausrief: „Mit der Durchführung der Großgemeinden schaffen Sie alle Gefahren einer gezwungenen Ehe, Sie würden einen unerträglichen Zustand schaffen, Zwietracht, Haß in die Gemeinde bringen und das Gemeindeleben geradezu vergiften. Ich werde mich der zwangsmäßigen Zusammenlegung der Gemeinden widersetzen, weil die Ausführung dieses Gedankens auf unumstößliche Schwierigkeiten und den gerechtesten Widerspruch der Bevölkerung stoßen würde. Wenn die geringe territoriale Ausdehnung der Grund zur schlechten Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten wäre, so müßten sich die großen Gemeinden günstig abheben gegen die kleinen, — was aber nicht der Fall ist.“

Dieser Schlußbemerkung möchten wir auf Grund vielfeitiger Erfahrungen noch beisetzen, daß es bei den großen Gemeinden oft schlechter geht als bei den kleinen, denn so wie überall, in allen Geschäften und Lebensverhältnissen, liegt es auch hier nur an der functionierenden Persönlichkeit, an dem Gemeindevorsteher, — möge dieser nun einer großen oder kleinen Gemeinde vorstehen.

Sehen wir uns einmal näher die großen Vortheile, die den Großgemeinden angedrungen werden, an, und wir werden finden, wie sie bei näherer Beleuchtung in Nichts zerfallen. — Es wird angeführt, daß sie der öffentlichen Verwaltung mehr entsprechen, weil sich der Verkehr der Landes- und Bezirksbehörden auf eine geringere Zahl der Gemeinden beschränkt. Nun dies ist allerdings richtig, gewiß zugender und auch bequemer sind sie für die Behörden; ob auch die öffentliche Verwaltung dadurch bestärkt wird, ist eine andere Frage. Es ist doch Staatsraison nicht nur der Regierung, sondern auch der Landesvertretung, daß ihre Intentionen, Wünsche und Befehle zur allgemeinen Kenntniss des Volkes gelangen, daß ihre Stimme bis in die kleinsten gesellschaftlichen Verzweigungen dringe und von jedermann gehört werde. Wie wenig aber gerade Großgemeinden zur Erreichung dieses Zieles angethan sind, weiß der, dem es bekannt ist, wie derlei öffentliche Kundmachungen und Emanationen der Regierung, besonders wenn sie dem Geschmacke des Gemeindevorstehers oder gar des Gemeinbeschreibers nicht entsprechen, behandelt werden. Thatsache ist es, daß die Bevölkerung oft gar nicht oder nicht zur richtigen Kenntniss der Verlautbarungen gelangt.

Jenes patriarchalische Verhältnis zwischen Regierung und Volk, welches in früheren Zeiten eben nicht zum Nachtheile des letztern gepflegt wurde, mag man mit den constitutionellen Prinzipien und mit dem Selbstgovernment immerhin unverträglich finden, aber ein gewisses gegenseitiges Vertrauen bleibt für die Wohlfahrt und das Gedeihen beider noch immer unerläßlich. Ein solches kann aber nur durch den größtmöglichen unmittelbaren Verkehr zwischen den Regierungsorganen und der Bevölkerung gewonnen werden, wozu aber Großgemeinden am allerwenigsten die Bedingungen bieten; dieselben bilden oft geradezu eine Scheidewand zwischen Regierung und Volk, für beide

Theile gleich unliebsam, mehr zur Entfremdung als zur Annäherung geeignet und geneigt.

Das Volk kommt wenig in die Lage, mit dem politischen Beamten zu verkehren, und wann es ihn sieht, stets nur in den oft unangenehmeren Lagen seines Dienstes.

Die Gesetzgebung über die Gemeindefachen ist zwar nach der Verfassung im Jahre 1867 in das Ressort der Landtage gefallen, doch glauben wir, daß das Interesse der Regierung mit dieser Frage so eng verflochten ist, daß ein ganz passives Verhalten derselben gegenüber und das Ueberlassen aller diesfälligen Initiative an die Landtage kaum gerechtfertigt wäre.

(Aus dem constitutionellen Vereine.) In Angelegenheit der bevorstehenden Reichsrathswahlen versammelte sich der constitutionelle Verein gestern um 8 Uhr abends unter dem Vorsitze seines Obmannes Dr. v. Schrey im Klubzimmer der Casino-restaurant zu einer Besprechung, der auch mehrere der bisherigen Reichsräthe beiwohnten, unter letzteren auch Herr Dr. Adolf Schaffer, der bei seinem Eintritte von den Anwesenden nach mehr als sechsmonatlicher Abwesenheit in Italien auf das herzlichste begrüßt und zu seiner erfreulichen Genesung wärmstens beglückwünscht wurde. Zu Beginn der Besprechung ergriff der Abgeordnete Deschmann das Wort und entrollte in längerem Vortrage ein Bild von der Thätigkeit der liberalen krainischen Abgeordneten im Reichsrathe, indem er zugleich die Klub- und Parteienverhältnisse desselben schilderte, die Wechselwirkung zwischen dem Ministerium und der großen Verfassungspartei erörterte und schließlich die wichtigsten der vom Abgeordnetenhaus innerhalb seiner sechsjährigen Wirkksamkeit geschaffenen oder in Discussion gezogenen legislatorischen Arbeiten und die jeweilige Stellungnahme der verfassungstreuen krainischen Abgeordneten zu denselben einer gedrängten, in den wesentlichsten Umrissen skizzirten Besprechung unterzog.

Aus den in vieler Hinsicht sehr interessanten und von der Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten Ausführungen des verehrten Redners, deren detaillierte Wiedergabe den Raum unseres Blattes weit überschreiten würde, glauben wir den Passus über das Projekt der Unterkrainger Eisenbahn, als für unser Land von besonderem Interesse, speziell hervorheben zu sollen. Abgeordneter Deschmann erklärte diesbezüglich, daß die Hoffnung auf das Zustandekommen der Unterkrainger Eisenbahn seiner Anschauung nach am Schlusse der Session leider weit geringer als zu Beginn derselben sei, da der voraussichtlich zu erwartende Ausbau der Sisset-Nowi-Bahn sowie der Umstand, daß wahrscheinlich auch die Dalmatiner Bahn einen Anstoß an die bosnischen Bahnen finden dürfte, die Chancen unseres heimischen Eisenbahnprojektes trotz der eindringlichsten Bewähungen der krainischen Abgeordneten wesentlich geschmälert haben. Abgeordneter Deschmann benützte diese Gelegenheit zugleich, um die in letzter Zeit von gewisser Seite ihm consequent entgegengeschleuderten Verdächtigungen, als hätte er sich vor sechs Jahren gelegentlich seiner Kandidatur in Unterkrain seinen Wählern gegenüber für das Zustandekommen der Eisenbahn verbürgt, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen und dieselben als ein von der nationalen Partei beliebtes unwürdiges Wahlmanöver zu kennzeichnen. Herr Deschmann erklärte, daß er sich zu keinem einzigen seiner Wähler jemals in diesem Sinne geäußert, wol aber auf die, namentlich aus dem Seisenberger Bezirke an ihn gerichtete Aufforderung, im Reichsrathe für die Erbauung der Unterkrainger Bahn zu wirken, seine vollste Bereitwilligkeit zugesagt habe, — ein Versprechen, das er bei vielen Gelegenheiten und mit besten Kräften, wenngleich leider erfolglos, zu erfüllen bestrebt war. Uebrigens — fügte Abgeordneter Deschmann hinzu — könne er sogar ganz offen und wahrheitsgemäß erklären, daß er andererseits auch gerade aus Unterkrain nicht etwa vereinzelt, sondern von vielen Seiten direkt aufgefordert wurde, für das Zustandekommen der Eisenbahn nicht zu agitieren, da letztere, wenn auch für viele Bezirke und Interessenten von großem Werthe, doch auch für so manche andere ein Geschenk von sehr zweifelhaftem Werthe wäre.

Abg. Deschmann schloß seine von der Versammlung beifällig aufgenommenen Ausführungen mit einem kurzen Hinweis auf die wichtigsten der, dem neu zusammen tretenden Abgeordnetenhaus vorbehaltenen Aufgaben. Als solche bezeichnete er vor allem: die namentlich wegen des erforderlichen Einverständnisses mit der ungarischen Reichshälfte sehr schwierige Festsetzung des bosnischen Verwaltungsstatuts — das große Werk der Steuerreform — und im Zusammenhange damit die endliche Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte. Das einzige Mittel zur Erreichung des letzteren liege in der energischen Bedachtnahme auf Einföhrung von Ersparungen, jedoch nicht bloß im Kapitel des Heeresbudgets, das wol die größte, jedoch keineswegs die einzige reductionsfähige Last im österreichischen Staatshaushalte bilde und überhaupt nur unter wohlwollender Bedachtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europa's in größerem Maßstabe durchgeführt werden könnte, sondern ebenso sehr auch in vielen anderen, der Einschränkung bedürftigen Agenden der Staatsverwaltung.

Bandeshauptmann Dr. Ritter von Kaltenegger dankte dem Redner für seinen interessanten Vortrag, aus dem zugleich die äußerst schwierige Stellung und die mannigfaltigen beengenden Zwangslagen ersichtlich seien, unter denen der Reichsrath seine mühevollen Thätigkeit durchgeführt habe.

Abgeordneter Dr. Schaffer referierte hierauf namens des Vereinsausschusses über die anlässlich der bevorstehenden Reichsrathswahlen nöthigen Wahlvorbereitungen und beantragte, daß sich der Ausschuss in gleicher Weise wie bei den vorangegangenen Wahlen unter Zuziehung von Mitgliedern der Landes- und Stadtvertretung sowie anderer Parteigenossen als liberales Centralwahlcomité für Krain constituire und überdies in Laibach und allen übrigen Wahlorten des Landes eigene Filialcomités ins Leben rufe.

(Vom Schießstande.) Beim vorgestrigen Bestschießen der hiesigen Rohrschützengesellschaft gingen auf der Feldscheibe die Herren J. Benari und E. Mayer und auf der Standscheibe die Herren J. Kurzthaler und B. Degischer als Bestgewinner hervor.

(Personal-Veränderungen im krainischen Lehrstande.) Die Herren Lehrer Jakob Wam, Mat. Rant und Johann Pokorn wurden auf ihren Posten definitiv erklärt. — Herr J. Cepuder, Lehrer in Haselbach, wurde, einer Mittheilung der „Laib. Schulztg.“ zufolge, bis zur Neubefetzung der durch Todesfall in Erledigung gekommenen Lehrstelle zu Heiligenkreuz bei Landstraß zum substituierenden Lehrer daselbst bestimmt. — Herr J. Ramroth wurde als Aushilfslehrer in Adelsberg angestellt. — Der Lehrer in Heiligenkreuz, Herr J. Jerom, ist am 15. d. M. gestorben.

(Maturitätsprüfungen.) Laut eines Erlasses des Ministers für Cultus und Unterricht an alle Landesschulbehörden hat jeder Maturitätsprüfungskandidat, welcher als öffentlicher Schüler einer Staatsmittelschule im Genuße der halben Schulgeldebefreiung steht, auch nur die Hälfte der für öffentliche Schüler der Staatsmittelschulen vorgeschriebenen Maturitätsprüfungstage zu entrichten. Dieser Erlaß tritt mit dem nächsten Maturitätsprüfungstermine in Kraft.

(Blitzschlag in einen Kirchturm.) Freitag um 5 Uhr nachmittags fuhr ein Blitzstrahl in den Kirchturm der Ortschaft Draga bei Pösendorf im Sitticher Bezirke und muß daselbst gezündet haben, obwohl das Feuer erst acht Stunden später, um 1 Uhr nachts, sichtlich zum Ausbruche kam. Die herrschende Windstille begünstigte die Vötharbeiten, so daß nur der obere Theil des Thurmes verbrannte und auch die Kirche nur geringe Beschädigungen erlitt. Die kleinere Thurmglöcke fiel herab und zerbrach.

(Gestohlene Ochsen.) Der Grundbesitzerin Maria Pivnik in Gerenth im Gerichtsbezirke Voitsch wurden in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. aus unversperrt gewesener Ställe ein Paar fünfjährige, großgehörnte Ochsen von aschgrauer Farbe im Werthe von 300 fl. durch unbekannte Thäter gestohlen.

(Neue illustrierte Zeitung.) Die Nr. 35 dieses Blattes bringt folgende Texte und Illustrationen: Gottfried Semper. — Eine Pompejanerin. Nach dem Gemälde von Robert Pompani. — Anton Ritter v. Schmerling. Nach dem Gemälde von A. Wita.

— Eine muhamedanische Familie in Serajewo. — Steierische Typen: Junge und Alte. Cretins. Nach Originalaufnahmen. — Zwei Kreuzherren. Roman von Lucian Herbert. (Fortsetzung.) — Italische Burgruinen. Gedicht von Friederich Marx. — Die indischen Bajas. Von Emil Schlagintweit. — Der Latemar in den südlichen Dolomiten. Von A. Kasimir. — Vom Rebhühnlein. — Die Seele des Herrn von Dahlsen. Eine baltische Geschichte von Siegfried Kapper. (Fortsetzung.) — Kleine Chronik. — Schach rc.

### Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 26. Mai. Der Vorsitzende des Ministerathes, Minister Stremayr, stattete einer Wählerversammlung in Leibnitz Bericht über die Reichsrathsthätigkeit ab und betonte die Nothwendigkeit der Occupationspolitik und die Zweckmäßigkeit des Ausgleichs mit Ungarn. Der Bürgermeister sprach namens der Wähler die Hoffnung aus, der Minister werde auch ferner ein Mandat annehmen, das man ihm mit wahrem Vertrauen entgegenbringe.

Aus Athen, 26. Mai, berichtet die „Politische Korrespondenz“: Das griechische Kabinet instruierte seine Vertreter, die militärischen Grenzdispositionen nur im Sinne von getroffenen Vorsichtsmaßregeln zu interpretieren. Im Falle der Verwirklichung einer Gebietsabtretung müssen Defensivvorkehrungen gegen eine eventuelle Gegenbewegung der Albanesen getroffen werden.

Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Philippopol, 26. Mai: Eine Volksversammlung acclamirte fast einstimmig Vitalis als General der ost-rumelischen Miliz, welcher die Einführung der bulgarischen Sprache als Kommandosprache verfügte.

Petersburg, 26. Mai. In Kiew sind zwei Unbekannte verhaftet worden, in deren Wohnung mehrere Explosionsgeschosse, Revolver, Dolche, falsche Pässe u. s. w. vorgefunden wurden.

Lemberg, 25. Mai. (Presse.) Namens der Redaktionskommission legte Graf Albert Dzieduszycki dem Centralwahlcomité den Entwurf eines Aufrufs an die Wählerschaft vor, welcher die Stelle eines Wahlprogramms vertreten soll. Der Entwurf erwähnt eingangs des bevorstehenden Eintritts der Czechen in den Reichsrath und knüpft daran die Mahnung, recht viele nationale Parteimänner in den Reichsrath zu wählen, damit dieselben dort bei der Entscheidung von Verfassungsfragen, die hinsichtlich der Erweiterung der Autonomie der Länder und der politischen Rechte der Nationalitäten angeregt werden sollen, den Ausschlag geben können. Ferner wird die Nothwendigkeit der Solidarität und der Disciplin innerhalb der polnischen Abgeordneten betont, worauf die Wähler nach einem gegen die Ruthenen gerichteten Ausfalle zu einem einträchtigen, energischen Vorgehen bei den Wahlen, von dem die Förderung des Landeswohles abhängt, aufgefordert werden. In der Generaldebatte über diesen Entwurf beantragten Löwenstein, Dobrzanski und Abrahamowicz verschiedene Amendements. Heute erfolgt die Abstimmung.

Pest, 25. Mai. Die feierliche Enthüllung der Cötvös-Statue hat heute unter massenhafter Theilnahme des Volkes stattgefunden. Die den Cötvös-Parf umgebenden Gebäude waren mit Girlanden, Teppichen und Fahnen geschmückt; viele andere Gebäude hatten gleichfalls Fahnen aufgehängt. Zahllose Kränze wurden auf dem Sockel der Statue niedergelegt. Bemerkenswerth sind die Kränze der Witve und Kinder des Gefeierten, der beiden Häuser des Reichstages, der Hauptstadt, des Comitats, der Akademie, der Universität und zahlreicher Vereine und Schulen. Bei der Feier waren anwesend der Minister des Außern, Graf Andrássy, sämtliche ungarische Minister, die Präsidenten der beiden Häuser des Reichstages, viele Mitglieder des Oberhauses und Unterhauses, die Bürgermeister der Hauptstadt und

Vertreter der Comitats, der Akademie, der Universität u. s. w. Der Präsident der Akademie hielt die Festrede, in welcher er der Verdienste Cötvös' als Staatsmann, Dichter und Philosoph gedachte. Am Schlusse seiner Rede gab er das Zeichen zur Enthüllung der Statue, welche unter Eisen-Rufen der Anwesenden vor sich ging. Der Ministerialrath Szász declamirte die von ihm verfaßte stimmungsvolle Ode auf Cötvös. Nach Abingung eines Hymnus war die Feier zu Ende. Graf Andrássy conversierte mit den anwesenden Mitgliedern der Familie Cötvös und ließ sich den Schöpfer der Statue, Adolf Huszar, vorstellen, der vom Publikum lebhaft acclamirt wurde. Das Fest nahm einen würdigen Verlauf.

Berlin, 25. Mai. (Mont.-Rev.) Die albanische Deputation wurde vom Fürsten Bismarck nicht empfangen, sondern mußte sich auf die Uebersendung eines schriftlichen Memorandums beschränken.

Berlin, 25. Mai. (N. fr. Pr.) Die Tariffommission beschloß, das Sperrgesetz nur auf Tabak und Wein zu erlassen.

Würzburg, 25. Mai. Das Militärgericht verurtheilte den Lieutenant Freih. Schenk v. Eyern wegen 66 verschiedener Mißhandlungen von ihm untergebenen Soldaten zu zwei Jahren Festung und Dienstesentlassung.

Paris, 25. Mai. Admiral Saissset ist heute morgens gestorben. Der „National“ glaubt zu wissen, die Zeugen Goblets und Cassagnacs hätten sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß kein Grund zu einem Duell vorliege.

### Telegrafischer Wechselfuss

vom 26. Mai.  
Papier-Rente 68.35. — Silber-Rente 70.60. — Gold-Rente 80.80. — 1860er Staats-Anlehen 125.75. — Bank-Actien 843. — Kredit-Actien 266.75. — London 117.20. — Silber —. — R. t. Münz-Dukaten 5.50. — 20 - Franken - Stücke 9.34 1/2. — 100-Reichsmark 57.60.

### Angekommene Fremde.

Am 26. Mai.  
Hotel Stadt Wien. Nidlah, Rfm., Dresden. — Knecht, Rfm., und Kowat, Wien. — Schnablegger, Direktor, Larvis. — Erler, Gottschee. — John, Inspektor, Berchtelsdorf. — Egner, Bierbrauer, Graz. — Gosler, k. t. Ingenieur, Gurtfeld. Hotel Csefaut. Schnablegger, Schwarz, Reisende; Ringel, Rfm., und Weiß, Geschäftsreis., Wien. — Kristof, Mühlh., Pibrovic, Krapp. — Vidini. — Peratoner, k. t. Forstsekretär, Görz.  
Kaiser von Oesterreich. v. Zinterberger, Radmannsdorf. — Reinert, Mühler, Braunau.  
Möhren. Landerl, Graz. — Lenarschik, Arbeiter, Dobrona. — Knebl, Privatier, Dornegg. — Königsgarter, Reis., — Wolf, St. Egidii ob Cilli. — Gatti, Pölsm., Castellnuovo. — Janc, Obertrair.

### Verstorbene.

Den 26. Mai. Maria Tomec, Haus- und Grundbesitzerin, 80 J., Kirchengasse Nr. 23, Altersschwäche.  
Im Zivilspitale:  
Den 25. Mai. Maria Peteln, Inwohnerin, 70 J., Herzfehler und Wassersucht.  
Den 26. Mai. Anna Pance, Arbeiterin, 20 J., Lungenschwindsucht. — Franz Sedmal, Schuhmachergeselle, 18 J., und Franz Kangel, Tagelöhner, 33 J., beide an der Lungenschwindsucht. — Mathäus Majdic, Tagelöhner, 29 J., Lungentuberkulose.  
Im Militärspitale:  
In der Nacht vom 22. auf den 23. Mai: Johann Gregorik, Feldwebel im 17. Inf.-Reg., Peterskaserne, Strychnin-Vergiftung, und wurde im Garnisonsspitale gerichtlich befehau.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Wichtiges Wetter	Witterungs-Veränderungen
7 U. Mg.	731.53	+15.1	SO. schwach	bewölkt	150
9 „ „	730.46	+20.2	SW. schwach	bewölkt	Regen
9 „ Ab.	729.53	+18.2	W. schwach	bewölkt	

Tagsüber trübe, nachmittags Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 16.8°, um 0.9° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg

### Börsenbericht.

Wien, 24. Mai. (1 Uhr.) Erschwerte Prolongation drückte anfangs die Kurse. Diese erholten sich später sehr rasch, als die Effectenversorgung beendigt war.

Geld		Ware	
Papierrente	68.20	68.30	
Silberrente	69.80	70.00	
Goldrente	80.40	80.50	
Rose, 1854	117.00	117.50	
„ 1860	124.50	125.00	
„ 1860 (zu 100 fl.)	129.00	129.50	
„ 1864	161.00	161.50	
Ang. Prämien-Anl.	105.25	105.50	
Kredit-A.	171.50	172.00	
Rudolfs-A.	16.50	17.00	
Prämienanl. der Stadt Wien	115.75	116.00	
Donau-Regulierungs-Rose	109.00	109.50	
Domänen-Pfandbriefe	143.25	143.75	
Oesterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	101.00	101.50	
Oesterr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	100.50	100.80	
Ungarische Goldrente	94.60	94.70	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	111.75	112.00	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstücke	111.00	111.50	
Ungarische Schapanw. vom J. 1874	119.25	119.50	
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in W. B.	99.50	99.75	

  

Geld		Ware	
<b>Grundentlastungs-Obligationen.</b>			
Böhmen	102.00	103.00	
Niederösterreich	104.75	105.25	
Galizien	90.00	90.50	
Stebenbürgen	81.50	81.75	
Temeser Banat	82.25	82.75	
Ungarn	85.25	85.75	

  

Geld		Ware	
<b>Actien von Banken.</b>			
Anglo-öfterr. Bank	122.80	123.00	
Kreditanstalt	266.25	266.50	
Depositenbank	175.00	177.00	
Kreditanstalt, ungar.	253.00	253.25	
Oesterreichisch-ungarische Bank	836.00	838.00	
Unionbank	83.00	83.25	
Verkehrsbank	117.50	118.00	
Wiener Bankverein	128.50	129.00	

  

Geld		Ware	
<b>Actien von Transport-Unternehmungen.</b>			
Alföldb-Bahn	139.25	139.75	
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	571.00	572.00	
Elisabeth-Westbahn	181.00	181.25	

  

Geld		Ware	
<b>Ferndienstleistungen.</b>			
Ferdinand-Nordbahn	2280.00	2285.00	
Franz-Joseph-Bahn	150.00	150.50	
Galizische Karl-Ludwig-Bahn	242.00	242.50	
Kafchau-Oberberger Bahn	116.00	116.50	
Lemberg-Czernowitzer Bahn	138.25	138.75	
Lloyd-Gesellschaft	579.00	580.00	
Oesterr. Nordwestbahn	135.50	136.00	
Rudolfs-Bahn	134.25	134.75	
Staatsbahn	272.50	273.00	
Südbahn	90.50	91.00	
Theiß-Bahn	204.50	205.00	
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	108.00	108.50	
Ungarische Nordostbahn	128.50	129.00	
Wiener Tramway-Gesellschaft	190.00	191.00	

  

Geld		Ware	
<b>Pfandbriefe.</b>			
Allg.-öst. Bodenkreditanst. (i. Gd.)	115.00	115.50	
(i. B. B.)	100.25	100.75	
Oesterreichisch-ungarische Barl	101.10	101.30	
Ung. Bodenkredit-Anst. (B. B.)	98.50	98.75	

  

Geld		Ware	
<b>Prioritäts-Obligationen.</b>			
Elisabeth-B. 1. Em.	95.70	96.00	
Ferd.-Nordb. in Silber	104.00	104.50	
Franz-Joseph-Bahn	93.50	93.75	

  

Geld		Ware	
<b>Devisen.</b>			
Auf deutsche Plätze	57.25	57.50	
London, kurze Sicht	117.30	117.40	
London, lange Sicht	117.45	117.55	
Paris	46.55	46.60	

  

Geld		Ware	
<b>Geldsorten.</b>			
Dukaten	5 fl. 53	fr. 5 fl. 54	
Napoleons'or	9 „ 35 1/2	9 „ 36	
Deutsche Reichsnoten	57 „ 65	57 „ 75	
Silbergulden	100 „	100 „	

  

Geld		Ware	
<b>Krainische Grundentlastungs-Obligationen:</b>			
Geld 91.50, Ware			
Kredit 266.40 bis 266.60, Anglo 123.00 bis 123.50			

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 68.35 bis 68.40. Silberrente 70.10 bis 70.20. Goldrente 80.60 bis 80.70. 123.25. London 117.30 bis 117.55. Napoleons 9.35 1/2 bis 9.36. Silber 100.00 bis 100.00.